

**Rede  
von**

**Tobias Heilmann, MdL**

zu TOP Nr. 11

Abschließende Beratung

**Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest durch  
Prävention verhindern**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/68

während der Plenarsitzung vom 27.02.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als erste Rede hier im hohen Hause hätte ich mir zwar durchaus etwas Schöneres vorstellen können als die Pest – aber das Leben ist kein Ponyhof.

Es ist wichtig, dass wir uns jetzt darum kümmern und die richtigen Weichen stellen. Wir müssen vorbereitet sein, denn die Afrikanische Schweinepest wird nicht nur von Tier zu Tier übertragen. Große Sprünge macht die Seuche vor allem durch den Transitverkehr, also das Faktum Mensch spielt die größte Rolle.

Wie sieht die Bedrohungslage aktuell aus?

In Tschechien sind seit Jahresbeginn 17 weitere ASP-Fälle hinzugekommen.

Wesentlich schlimmer aber noch sieht die Lage in Polen aus. Hier wurden über 500 Fälle seit Jahresbeginn gemeldet, davon allein 45 Neuansteckungen in der vergangenen Woche. Die Seuche hat dort die Weichsel übersprungen, eine diesbezüglich kritische Grenze. Das bedeutet, dass das Risiko steigt, das ASP durch den starken Transitverkehr zwischen Polen und Deutschland auch zu uns kommen kann. Angesichts des aktuellen Seuchenverlaufs der Afrikanischen Schweinepest in unseren Nachbarländern ist also dringend Handlungsbedarf geboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie ja sogar die FDP mit ihrem Antrag bemerkt hat, sollten wir nun in den Markt eingreifen und Anreize für die Jagd setzen, um möglichst schnell die Übertragungswege einzudämmen. Insbesondere ist die Jägerschaft gefragt und benötigt Unterstützung durch das Land.

Mit dem Nachtragshaushalt wollen wir die Weichen für eine Ausdünnung der Wildschweinpopulation stellen. Um das Bejagen attraktiver zu machen, und deshalb dieser Antrag der Koalitionsfraktionen, müssen wir finanzielle Anreize setzen und revierübergreifende Drückjagden fördern.

Ziel muss es sein, dass Wildschweine stärker bejagt werden. Denn ein Impfstoff gegen die Pest ist noch nicht entwickelt. Dies ist ein wichtiges Mittel, um die Übertragungswege zu unterbrechen. Deshalb ist unsere Forderung, „den Mehraufwand für die Intensivierung der Schwarzwildbejagung zu fördern“, genau richtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir es schaffen das Risiko einer Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest zu vermindern, gewinnen wir Zeit. Zeit die wir auch nutzen müssen! Denn eines muss klar sein: wenn sich die Seuche auf das Hausschwein überträgt und somit zum Super-GAU für die ganze Schweineproduktion wird, haben wir hier in Niedersachsen ein riesiges Problem!

Es gilt unsere Betriebe zu schützen. Mit unserem Antrag sorgen wir dafür, dass, soweit die Seuche lokal auftritt, Vorkehrungen getroffen werden können, um die Seuche lokal und schnell einzudämmen. Zwei Millionen Euro sind im Haushalt bereitgestellt für die Intensivierung der aktiven Fallwildsuche im Rahmen des Monitorings. Hier müssen Mittel bereitgestellt werden den Mehraufwand zu entschädigen.

Zu den präventiven Maßnahmen gehören ebenso 50 Euro für jedes zusätzlich erlegte Schwarzwild und bei einer Zielvorgabe von etwa 8.000 Stück, diese zusätzlich zu bejagen. Weitere Gelder sind für revierübergreifende Jagden vorgesehen. Hier soll der Hundeeinsatz gefördert werden.

Die heimische Jägerschaft zu unterstützen, ist ein Aspekt. Aber auch die Kommunen brauchen eine klare Zusage des Landes, dass wir sie im Falle eines Ausbruchs nicht alleine lassen.

Dass uns ASP treffen wird, davon geht die Mehrheit ja mittlerweile leider aus. Den Betroffenen muss dann möglichst schnell geholfen werden. Das Gebiet muss durch Unterbrechung der Infektionsketten klein gehalten werden und die Verbreitung möglichst am Ort des Ausbruchs eingedämmt werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Insbesondere aber die betroffenen Landwirte und der gesamte Schweinefleischsektor brauchen unsere Unterstützung, wenn die Seuche ausbricht und sich auf das Hausschwein überträgt. Für den dann entstehenden Schaden im Fall eines Ausbruchs haben wir ebenso Gelder für erste Sofortmaßnahmen im Nachtragshaushalt vorgesehen.

Richtig ist auch, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass Deutschland nicht unter Generalverdacht gestellt wird. Auch da können wir aktiv sein, um die Betriebe, die ASP-frei sind, zu schützen und ihnen weiterhin den Abverkauf zu ermöglichen: hier sind der Bund und die EU Kommission gefragt, die Exportmöglichkeiten so zu verhandeln, dass wir nicht vom Markt abgeschottet werden. Ein Mittel sind sogenannte Exportzertifikate, die das Fleisch als „ASP-frei“ kennzeichnen.

Hier sind auch die Kommunen bzw. die Veterinärämter gefordert, diese Zertifikate dann zügig auszustellen. Nur so können wir das Vertrauen der Abnehmerländer aufrechterhalten und den Handel in andere EU-Länder und Drittländer garantieren.

Denn eines ist auch klar, wenn ASP in Niedersachsen ausbricht – und die Fleischwirtschaft ist nun mal der zweitwichtigste Wirtschaftszweig im verarbeitenden Gewerbe in Niedersachsen –, bedeutet das für die schweinehaltenden Betriebe und den Schweinefleischsektor insgesamt riesige Umsatzverluste.

Ist die Wertschöpfungskette für Schweinefleisch einmal unterbrochen, bedeutet das nicht nur einen riesigen monetären Schaden für die Absatzmärkte, sondern die gesamte Schweinefleischproduktion von der Ferkelaufzucht bis hin zu den Mast- und Schlachtbetrieben wären betroffen. Man muss dann mit riesigen finanziellen Ausfällen für die Branche rechnen.

Mit der Neuregelung der Schweinepestverordnung im Bund wird der

Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission zum Erlass tierseuchenrechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der ASP in nationales Recht umgesetzt.

Das ist richtig und gut. Die Änderungen ermöglichen dem Bundeslandwirtschaftsministerium zufolge ein unverzügliches Eingreifen im Falle einer Einschleppung der Seuche nach Deutschland. Wichtig ist, dass alle Akteure auf nationaler, Landes- und Kreisebene bei der Prävention und auch im Falle eines Ausbruchs zusammenarbeiten. Hierfür hat die Bundesregierung die richtigen Weichen gestellt.

Gleichzeitig fordern wir aber die Bundesregierung auf, bereits heute auf europäischer Ebene zu verhandeln, dass der Export nicht zum Erliegen kommt und so unsere nationale Industrie geschützt werden kann. Um unnötige Störungen des Handels innerhalb der Union zu verhindern und von Drittländern auferlegte ungerechtfertigte Hemmnisse für den Handel zu vermeiden, muss das Seuchengebiet in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest abgegrenzt werden. Die Einschleppung der Seuche stellt für Deutschland eine große Gefahr dar und hätte neben den Auswirkungen auf die Tiere schwere wirtschaftliche Folgen für schweinehaltende Betriebe und den gesamten Schweinefleischsektor.

Unsere Forderungen sind deshalb ein guter Weg, dieser Gefahr entgegenzuwirken.

Ohne Prävention hätte sich Niedersachsen schon in sein Schicksal ergeben. Deshalb ist unser Antrag richtig und wichtig die Afrikanische Schweinepest eventuell doch noch aufhalten zu können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.